

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/211

3. November 1976

Auf den neuen Mann warten große Aufgaben

Amerika und Europa nach der Präsidentschaftswahl in den USA

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 1a / 55 Zeilen

Jetzt ist Kohle-Demokratie-Solidarität gefordert

Der Skandal um Ludwigshafens Polizeichef muß geklärt werden

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Bußgeld für Unfall-Gaffer ?

Schaulustige gefährden lebensnotwendige Rettungsmaßnahmen

Von Otto Kahler MdL

Mitglied des Ausschusses für Landesplanung und Grenzland des bayerischen Landtages

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Die wirklichen Probleme bleiben ausgeklammert

Mainzer Tage der Fernsehkritik: Kluge Reden allein helfen nicht

Seite 6 bis 8 / 113 Zeilen

Neue Rufnummer :

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 68 88 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Auf den neuen Mann warten große Aufgaben

Amerika und Europa nach der Präsidentschaftswahl in den USA

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
und Mitglied des Fraktionsvorstandes

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten heißt James (Jimmy) Carter. Der Wahlsieg des Demokraten Carter gegenüber dem republikanischen Amtsinhaber Gerald Ford ist nach den innenpolitischen Erschütterungen durch Vietnam und Watergate keine wirkliche Überraschung, obwohl letzte Meinungsumfragen Präsident Ford beinahe ebenso gute Chancen eingeräumt hatten wie Carter.

Die Führungsaufgabe, die Jimmy Carter jetzt zufällt, wird nicht leicht sein. Die Demokraten haben zwar die absolute Mehrheit im Kongreß, aber auch unter den demokratischen Kongreßabgeordneten und Senatoren wird die zukünftige innen- und außenpolitische Orientierung des Landes nicht einheitlich beurteilt. Das Spannungsverhältnis zwischen Präsident und Kongreß, das sich in den letzten Jahren insbesondere bei zahlreichen außenpolitischen Entscheidungen negativ ausgewirkt hat, dürfte zwar abgemildert aber nicht grundsätzlich beseitigt worden sein.

Amerika hat große innen- und außenpolitische Probleme vor sich: Die Konsolidierung der Wirtschaft nach einer Krise, die auch die amerikanische Gesellschaft nicht unberührt gelassen hat, die Beseitigung einer noch immer beträchtlichen Arbeitslosigkeit, Steuerreform, Sanierung der Städte und die Inangriffnahme von neuen Sozialprogrammen sind Aufgaben, die kontrovers diskutiert werden und viel politisches Geschick und Gespür unter objektiv schwierigen Bedingungen erfordern. Ein Teil dieser Probleme betrifft alle westlichen Industriegesellschaften.

Es gibt darüber hinaus spezifisch amerikanische Sorgen und Probleme, z.B. das Problem der Chancengleichheit für die benachteiligten Minderheiten, vor allem die Farbigen, der Verfall der Städte und vieles andere mehr. Die neue amerikanische Regierung wird große Aufmerksamkeit auf die Innenpolitik richten müssen. Es ist durchaus auch in unserem Interesse, wenn sich die innen-

politischen Verhältnisse in Amerika zum Guten wenden und Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung und Entfremdung abgebaut werden. Wir sollten das unsere dazu beitragen, daß den Vereinigten Staaten die Lösung dieser Probleme erleichtert wird.

In der Außenpolitik müssen die Ost-West-Beziehungen, die im Wahlkampf vor allem unter den Attacken des republikanischen Mitbewerbers um die Präsidentschaft, Reagan, gelitten haben, auf eine solide Grundlage gestellt werden. Beide Bewerber um die Präsidentschaft, sowohl Carter als auch Ford, haben im Wahlkampf Unsicherheiten bei der Beurteilung der Verhältnisse in Ost-Europa erkennen lassen. Jetzt muß sich eine nüchterne und realitätsbezogene Betrachtungsweise durchsetzen, die es ermöglicht, die laufenden Verhandlungsprozesse über die Begrenzung der strategischen Rüstung und andere Fragen der Ost-West-Zusammenarbeit zu einem positiven Ergebnis zu führen. Ein Neuanfang in den Ost-West-Beziehungen ist auch für den Erfolg der Wiener Verhandlungen über gegenseitige Truppenvermindierungen und anderer Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungskontrolle (MBFR) wichtig. Ein weiteres Wettrüsten muß im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Sicherheit vermieden werden. Große Anstrengungen sind aber auch im Nord-Süd-Verhältnis und bei der Herstellung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung erforderlich. Diese Probleme sind bereits von Außenminister Kissinger aufgeworfen worden. Eine Lösung steht aber noch aus.

Die guten Beziehungen zwischen Europa und Amerika stehen nicht grundsätzlich zur Debatte, aber wir müssen ernsthaft prüfen, welche Aufgaben Europa übernehmen kann, um mit den Vereinigten Staaten die gemeinsamen Aufgaben zu erfüllen. Der Beitrag Europas und der Bundesrepublik zur Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme wird in Zukunft noch stärker gefragt sein. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dazu schon in der Vergangenheit ein Beispiel gegeben. Die gute Zusammenarbeit mit Amerika wird fortgesetzt und intensiviert werden.

(-/3.11.1976/vd/pr/ee)

+ + +

Jetzt ist Kohle Demokratie-Solidarität gefordert

Der Skandal um Ludwigshafens Polizeichef muß geklärt werden

Von Herbert Barmettinger

Sprecher der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Zu einer Zeit, da ihm niemand mehr die Polizei auf den Hals schicken oder eine noch zu publizierende Einstweilige Verfügung erwirken konnte, in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober, also wenige Stunden vor der Bundestagswahl, steckten in den Briefkästen des Mainzer Stadtteils Drais gelbe Flugblätter, die eine einzige Schimpfkanonade auf die SPD enthielten und in jenem unglaublichen Satz gipfelten, der nunmehr seit vier Wochen Gegenstand von harten Auseinandersetzungen zwischen der SPD und der CDU bzw. der CDU-Landesregierung in Rheinland-Pfalz ist: "Herbert Wahner, der Sprecher der Kommunisten in der SPD".

Der Vorsitzende der SPD-Opposition in Rheinland-Pfalz Karl Thorwirth, informierte am Tage nach der Wahl den CDU-Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Heinrich Schwarz, seit dem 3. Oktober auch gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Grund: Autor der übelsten Verleumdung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion war nicht irgendeine kleine Funktionärsfigur der CDU, sondern der Chef der Schutzpolizei in der Rhein-Großstadt Ludwigshafen, Polizeischutzdirektor Gilbert Welter, der in Mainz-Drais wohnt und dort dem CDU-Ortsverband vorsteht.

Oppositionsführer Thorwirth verlangte von Welters Minister, daß dieser tun sollte, was Landesbeamtengesetz und Dienstordnungsrecht vorsehen: die Einleitung eines Dienstordnungsverfahrens gegen den hohen Beamten, der in krasser Weise gegen den § 63 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes verstoßen hatte. Denn dort werden Beamte, auch Beamte des einfachen Dienstes, verpflichtet, bei politischer Betätigung "diejenige Zurückhaltung zu wahren,

die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben."

Innenminister Schwarz, der Mann, der demnächst auch im Deutschen Bundestag Platz nehmen wird, hat es, jedenfalls im ersten Durchgang, abgelehnt, gegen seinen Parteifreund disziplinarisch vorzugehen. Er wollte und will noch den Verleumder Herbert Wehners, den Ehrabschneider an der Spitze der Ludwigshafener Schutzpolizei, lediglich auf die Pflichten des § 63, Abs. 2 hinweisen.

Die SPD in Rheinland-Pfalz gibt sich damit nicht zufrieden, vor allem nicht mit den lendenlahmen Entschuldigungen, die der Polizeiminister vortrug. Etwas der Hinweis, daß Herbert Wehner nicht am Dienort diffamiert worden sei, sondern in dem 80 Kilometer entfernten Wohnort. Schwarz kann offensichtlich nicht einsehen, daß es völlig gleichgültig ist, wo ein hoher Beamter (oder ein hoher General) seine Geisteshaltung offenbart. Es war ja auch völlig gleichgültig, wo die Generale, die Bundesverteidigungsminister Georg Leber jetzt entließ, ihre unglaublichen Anwürfe gegen Herbert Wehner und die Entschuldigungen für den Rechtsextremisten Rudel vom Stapel ließen: ob im baden-württembergischen Bremgarten oder im rheinischen Bonn. Und dann wollte Schwarz auch noch Schärpen, die er sozialdemokratischen Spitzenpolitikern anleatete, und die gezielte Diffamierung Herbert Wehners gegeneinander aufrechnen. Auch das hat die Mainzer SPD-Opposition zurückgewiesen. Fraktionschef Thorwirth hat erneut die sofortige Einleitung eines Dienstordnungsverfahrens gegen den Schutzpolizeidirektor verlangt, die Ludwigshafener SPD forderte die Abberufung des seltsamen Polizisten.

Nicht nur die Opposition ist gespannt darauf, ob der noch amtierende Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, der designierte Bonner Oppositionsführer, den "Fall Walter" als eine der letzten Amtshandlungen noch an sich ziehen wird. Da Kohl in den nächsten Wochen vor allem noch wichtige Personellen abwickeln will - der 1. Dezember ist in Rheinland-Pfalz Beförderungstermin für Landesbeamte -, sollte ihm dieser Personalvorgang gewichtig genug erscheinen, nachdem sein Innenminister damit nicht fertig zu werden scheint. Dr. Kohl redete und redet mehr als jeder andere deutsche Politiker von der notwendigen "Solidarität der Demokraten", ohne daß er je gezeigt hätte, daß er auf diesem Gebiet Vorbild wäre. Es ist auch fraglich, ob er es heute kann, denn schließlich war es ja Kohl, der Herbert Wehner noch drei Wochen nach der Bundestagswahl, in einem SFD-Interview am 24. Oktober, als "Altmeister der Verleumdung" diffamiert hatte. (-/3.11.1976/mie/pr)

Bußgeld für Unfall-Gaffer ?

Schaulustige gefährden lebensnotwendige Rettungsmaßnahmen

Von Otto Kahler MdL

Mitglied des Ausschusses für Landesplanung
und Grenzland des bayerischen Landtages

Es ist immer wieder dasselbe Bild: ein Verkehrsunfall, ein Flugzeugabsturz oder ein Großbrand, und im Handumdrehen sammeln sich Schaulustige am Ort des Geschehens. Die Neugierigen sind naturgemäß oft eher da, als die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst, und beispielsweise werden Kraftfahrer, die einen Unfall unmittelbar miterleben, anhalten, um zu helfen. Aber außer diesen ersten wenigen, deren Anwesenheit unter Umständen durchaus nützlich sein kann und die durch gute Absichten motiviert ist, halten auch weitere Fahrer an, stellen ihr Fahrzeug irgendwo an den Rand der durch den Unfall ohnehin schon eingengten Straße, steigen aus und befriedigen ihre Neugier.

Wenn dann Polizei- und Rettungsfahrzeuge kommen, ist die Zufahrt zum Ort des Geschehens oft blockiert oder so behindert, daß sich der Beginn des eigentlichen Einsatzes der Ordnungs- und Rettungskräfte doch erheblich verzögert. Unfallaufnahme, Erste Hilfe, Abtransport der Verunglückten und die Räumung der Unfallstelle sind für viele ein Schauspiel, das es zu genießen gilt - ohne Rücksicht darauf, ob ihr eigenes Fahrzeug dem Sanitätskraftwagen, dem Abschleppwagen und der Polizei, aber auch denen, die an der Unfallstelle vorbeifahren wollen, die Fahrt erschwert oder unmöglich macht.

Solche Gaffer, die nicht nur ganz erhebliche Störfaktoren sind, können durch die Verzögerung der Hilfe - wie oft geht es dabei um Minuten! - die eigentlichen Unfallfolgen ganz wesentlich verstärken. Nun kann zwar die Polizei Störer vom Ort des Geschehens verweisen, sie kann sogar Kraftfahrzeuge, die im Wege stehen, entfernen lassen. Das aber setzt voraus, daß eine ausreichende Zahl von Beamten an der Unglücksstelle vorhanden ist, so daß sie sich statt mit dem eigentlichen Zweck ihres Einsatzes auch noch mit den Schaulustigen befassen können. Meistens ist das zumindest am Anfang der "Abwicklung" nicht der Fall. Zum anderen stellt die Möglichkeit,

von der Polizei zum Weiterfahren aufgefordert zu werden, für Neugierige kein Risiko dar, das sie scheuen würden, zumal damit keinerlei Strafe verbunden ist. Man läßt es - meist sogar unüberlegt - eben darauf ankommen. Mit den Nachteilen und auch Gefahren eines solchen Verhaltens gedankenloser Menschen konfrontiert, meinte kürzlich der für den Einsatz der Polizei in Bayern zuständige Innenminister, daß es aus juristischen Erwägungen wenig nütze, beispielsweise den Platzverweis durch die Polizei mit einem Bußgeld zu koppeln, weil der praktische Erfolg dieser Maßnahme dem gegenwärtigen Stand der Dinge entspreche: Die Unfallstelle werde (mit oder ohne Bußgeld) auf Aufforderung durch die Polizei von Störern geräumt.

Dieser Ansicht aber widerspricht die Praxis in anderen Fällen. Beispielsweise wird mit einem Bußgeld bedacht, wer Unrat in den Wald kippt, um nur eines von vielen möglichen Beispielen für die Reglementierung sozialen Verhaltens durch das Gesetz zu nennen. Man mag zwar einwenden, daß trotz des Bußgeld-Risikos immer noch Unrat in den Wald gekippt wird - doch umgekehrt ist zu fragen, wieviel Unrat wohl heute in Wäldern, Wiesen und Flüssen landen würde, wenn solches Verhalten nicht empfindlich geahndet würde, also kein echtes Risiko für den Täter existierte. Um diese Abschreckung durch ein empfindliches Risiko geht es auch bei den Neugierigen an Unfallstellen: Wer weiß, daß sinnloses Anhalten und Gaffen bei solchen Ereignissen Geld kosten kann, wird weniger dazu neigen, das Risiko einzugehen, bzw. mit der Chance zu spielen, nicht "erwischt" zu werden.

Es wäre daher ernsthafter Überlegungen wert, ob nicht das Parken und Gaffen an Katastrophenstellen aller Art mit einem Bußgeld bedroht werden sollte.

(-/ 3.11.1976/va/pr/ee)

Die wirklichen Probleme blieben ausgeklammert

Mainzer Tage der Fernsehkritik: Kluge Reden allein helfen nicht

Die Mainzer Tage der Fernsehkritik fanden in einer nahezu unpolitischen Atmosphäre statt. Aufkommende Fragen nach Parteidruck auf die Journalisten am Beispiel des neuerlichen Vorwurfs des CDU-Arbeitskreises Presse wurden als nicht zur Sache gehörig von Diskussionsleitern abgewiegelt. Punktuelle und strukturelle Kritik, zu der anhand des Demonstrationsobjekts "heute" aufgefordert worden war, wurde gegenüber Publizistikwissenschaftlern von den ZDF-Praktikern als "Polit-Purismus" abqualifiziert.

Dabei hatte die CDU - wie am dritten und letzten Tage der ZDF-Traditionsveranstaltung zu lesen war - in bewährter unrdhmlicher Weise "Teilen der in den elektronischen Medien tätigen Redaktionen" den Versuch vorgeworfen, "Hörfunk und Fernsehen einseitig zum Vermittler gesellschaftsverändernder Tendenzen umzufunktionieren". Die Tagungsteilnehmer waren in ihrer Mehrheit jedoch zu sehr mit der Tagung befaßt, um die aktuelle Medien- und die über sie wachsende Parteienlandschaft zur Kenntnis zu nehmen.

Schließlich hatte der neue - parteilose - ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel zu Beginn der Tagung in einer Art "Grundsatzreferat mit verschlüsselten Beispielen zum Thema "Journalisten im Schlepptau von Parteien" eine vollständige Palette des Wechselspiels Parteien und Praktiker im Fernsbereich vorgelegt. Dabei wurde im Anfang der "Vorwärts" zitiert: "Die klugen Reden, die anlässlich der Mainzer Tage der Fernsehkritik sicherlich gehalten werden, verändern am Zustand des Rundfunks nichts", schrieb ein NDR-Redakteur in der sozialdemokratischen Wochenzeitung. Die Tagung hat nichts geändert, sie sollte auch nichts verändern. Sie spiegelt jedoch den Zustand dieser Tagungen selbst wieder. Und der ist ziemlich desolat.

Dies führte dazu, daß der Referent im Arbeitskreis Nachrichtenvermittlung, Willi Teichert vom Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen an der Universität Hamburg, nach einer von Praktikern angezettelten unfruchtbaren und unberechtigten Diskussion über angebliche "Wissenschaftsagläubigkeit" sich öffentlich frustriert zeigte. Nicht zuletzt deshalb, weil aus den empirischen Untersuchungen von ernstzunehmenden Kommunikationswissenschaftlern, die seit Jahren vorliegen, bislang keinerlei Konsequenzen gezogen wurden und weil sie schlichtweg als "Fliegenbeineauszählen" disqualifiziert werden. An ihrem unbewiesenen Vorurteil hielten leitende Redakteure des ZDF auch dann noch fest, als die Wissenschaftler ihnen, für jedermann verständlich, ihre Erhebungsmethoden und Auswahlkriterien schilderten und die Treffsicherheit und Richtigkeit der Ergebnisse nachwiesen. Somit wurde nicht mehr über notwendige Konsequenzen im Sinne des Zuschauers, sondern streckenweise lediglich über Vorurteile diskutiert. Die Scheinalternative "Nie Wissenschaft dort Praxis" überdeckte schließlich den Appell des ZDF-Chefredakteurs, der durchaus selbstkritisch meinte, daß Journalisten sich künftig noch mehr als bisher mit "Qualifikation, Sachkompetenz und besserer Aus- und Fortbildung" beschäftigen müßten. Appel verabschiedete öffentlich den "Feld-Wald- und Wiesenjournalisten" ebenso wie "alte Journalistenregeln". Er plädierte für "Autorität durch Kompetenz" als eines der Mittel gegen die Versuchung, sich

ina Schlepptau - von Politikern - nehmen zu lassen, und ermunterte zur Eigenrecherche wie zur unabhängigen profilierten Meinung.

Diese Reflexionen vor dem Tagungsplenium wurden ungewollt untermauert von folgenden wissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen zum Thema Nachrichtenvermittlung:

- Nahezu 90 vH der Redakteure des ZDF in den Abteilungen Politik - darunter Innen-, Außen-, Gesellschaftspolitik, "heute", "Bilanz", "ZDF-Magazin" u.a. - sind nach eigener Aussage bereit, die journalistische Sorgfaltspflicht in bestimmten Fällen zu vernachlässigen;

- vermutetes Zuschauerinteresse und Neuigkeitawert des Berichtes werden zu wesentlicheren Entscheidungskriterien als die Regeln journalistischer Sorgfaltspflicht;

- der Maßstab der Telegenität eines Geschehens läßt inhaltliche Überlegungen zweitrangig werden;

- Verstehensgeschwindigkeit beim Zuschauer und die rasante Geschwindigkeit der Nachrichtendarbietung stehen zueinander in einem unversöhnlichen Gegensatz.

Dieser inhaltlichen, qualitativen Zuschauer- und Kommunikatorforschung setzten "heute"-Redakteure die Einschaltquoten entgegen, die jedoch nur angeben, daß die Geräte eingeschaltet sind, nicht aber, ob und wie das Programm verfolgt wird. An einer inhaltlichen Erhebung der Wirksamkeit, bzw. der Zuschauermeinung scheint man indes auch nicht interessiert. Es gilt also bei dieser Art Sender-eigenen sog. Zuschauerforschung der Grundsatz, der sich ebenso auf den Journalismus übertragen läßt: Wenn man nicht die richtigen, d.h. kritischen Fragen stellt, bekommt man auch nicht die richtigen, offenen Antworten.

Immerhin geht es um gewachsene, bürokratisierte Strukturen, journalistische und politische Erbhöfe. Vier Spielarten sozialer Selbstdarstellung, die zum Inhalt der Aussage wird, zeigte der ehemalige Chefredakteur von Radio Bremen und heutige Publizistikprofessor in Berlin, Harry Pross, auf: Diplomatische und Staatsspitzenberichterstattung, also protokollarisches Fernsehen, "Meinungsfernsehen" demonstriert an interviewten Protokollfiguren, Statistik-Fernsehen in der Tagesberichterstattung ohne Mitteilung der Lesart und mit blaßweißen falschen Schlüssen, soziale Selbstdarstellung mit ungenügender oder falscher Textierung. Diese Mitteilungen menschlicher Selbstdarstellung geben dem Zuschauer keine ausreichenden Hilfen zu deren Entschlüsselung. Kommunikation und Information durch das Fernsehen stößt also an dessen technische Begrenzungen und inhaltlich-organisatorische Strukturen.

Demgegenüber stand und steht der kritische Anspruch des Politikers auf Vermittlung seiner politischen Überzeugung durch das Fernsehen, den der prominente CDU-Politiker Richard von Weizsäcker gegenüber den Fernsehredak-

tionen u.a. wie folgt formulierte: Kampf gegen vorgefaßte Meinungen über Politiker, Versuche innerhalb des Fernsehens, die Selbstdarstellung von Politikern überhaupt zu verhindern. Noch deutlicher wurde dies von der rheinland-pfälzischen CDU-Staatssekretärin Dr. Hanna-Renate Laurien ausgesprochen, die sich von den Redaktionen nicht die Zeit oder Fragestellungen zu Themen vorschreiben lassen will, die Journalisten bearbeiten möchten.

Derlei unverhüllten Ansprüchen wurde leise oder gar nicht widersprochen. Lauter und in falschem Engagement ging man eher mit der Wissenschaft ins Gericht. Doch gab es auch Praktiker und sogar Rundfunkratsmitglieder, die sich, bzw. erstarrte Strukturen in den Fernsehanstalten, im Sinne der Zuschauer in Frage stellten. So Klaus Gresser vom WDR, der Journalisten als fragende, mißtrauische Anwälte des Publikums fordert und Reputationsjournalisten kritisiert, die auch um Selbstatilisierung bemüht, sich als eine Art Efeu der Politiker an diesen emporranken. Oder der evangelische Theologe, Prof. Brakelmann, Mitglied im WDR-Rundfunkrat, der forderte, daß man mit dem Pluralismus ernst machen und sich zu einer argumentativen Parteinahme bekennen müsse. Klaus Gresser bekannte schließlich, daß schon die Ängstlichkeit vieler Journalisten vor politischen Fressionen und verbürokratisierte Zentralredaktionen bestimmte Themen und Fragestellungen gar nicht erst aufkommen ließen. Doch an dieser nur bruchstückhaft geführten Diskussion war man nicht ernsthaft interessiert.

So blieb auch die Frage von Frau Dr. Nölle-Neumann, wenn nicht rhetorisch gemeint, unbeantwortet, die sie spontan wie folgt äußerte: "Müssen denn die bestehenden Zustände immer die besten sein?" Auf die Mainzer Fernsehstage bezogen kann man sie getrost verneinen. Der "Vorwärts" hat - sicher nicht zum ersten Mal - recht behalten. Nur sollten die Medienpolitiker der SPD daraus lernen, denn ihre Positionen waren auf der Mainzer Tagung nicht mehr erkennbar.

Dr. Klaus-Detlef Funke
(-/3.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller